

Vor 70 Jahren wurde der Staat Israel gegründet

Im Mai 2018 begehen wir das 70-Jahr-Jubiläum der Gründung des Staates Israel. Einige Monate zuvor, am 29. November 1947, waren es genau 70 Jahre, seit die UNO in New York mit 33 gegen 13 Stimmen bei 10 Enthaltungen die Teilung des seit 1920 existierenden britischen Mandatsgebietes in einen jüdischen und in einen arabischen Staat beschlossen hatte. Der Jischuw, die sich selbst verwaltende politische Körperschaft der Juden Palästinas, und die zionistische Organisation stimmten dem Teilungsplan zu. Die Arabische Liga und die Araber Palästinas lehnten die Teilung ab. Und so wurde mit dem offiziellen Ende der britischen Herrschaft am 14. Mai 1948 zwar der Staat Israel ausgerufen, nicht aber ein arabisch-palästinensischer Staat.

Noch in der gleichen Nacht griffen die Armeen Syriens, Ägyptens, Jordaniens, Libanons und des Iraks das neugeborene Israel an, nachdem schon seit Herbst 1947 im Lande ein Guerillakrieg zwischen irregulären arabischen Truppen und dem Jischuw getobt hatte. Das jüdische Westjerusalem und das jüdische Quartier in der Altstadt wurden von arabischen Kämpfern belagert und waren zeitweise von der Aussenwelt abgeschnitten. Nach anfänglicher Bedrängnis konnte sich Israel aber halten und sein Staatsgebiet konsolidieren. Es ging trotz schwerer Opfer siegreich aus dem Konflikt hervor. Rund 650'000 palästinensische Araber flohen aus dem Gebiet des neuen Staates oder wurden im Laufe der Kämpfe vertrieben. Fast gleichzeitig mussten, zum Teil als Folge des Krieges, bis 1964 fast eine Million nordafrikanischer und orientalischer Juden ihre Heimat verlassen. Im Frühjahr 1949 unterzeichneten Israel und die arabischen Staaten Waffenstillstandabkommen. Die Linien, wo die Armeen bei Abschluss der Kämpfe standen, wurden dabei zu de Facto-Grenzen, die bis zum Sechstagekrieg 1967 galten. In den Jahren nach 1949 verdreifachte sich Israels jüdische Bevölkerung von 800'000 Personen auf rund zwei Millionen. Heute leben in Israel (ohne palästinensische Autonomiegebiete) rund 8,8 Millionen Menschen. 74,6% sind Juden, 20,9% vorwiegend sunnitisch-muslimische Araber und Drusen sowie 4,5 % sogenannte „Andere“. Mit rund 170'000 Personen bilden die christlichen Konfessionen eine Minderheit, die aber als eine der wenigen christlichen Gemeinschaften im Nahen Osten ein Wachstum aufweist.

Ursachen

Die Gründung des Staates Israel ist aus der europäischen Geschichte und aus dem nahöstlichen Geschehen des frühen 20. Jahrhunderts heraus zu verstehen. Die zionistische Vision, ein Gemeinwesen in Palästina, dem "Land der Väter", zu schaffen, war eine Antwort auf das Scheitern der jüdischen Emanzipation. In Frankreich, Deutschland und Österreich kam mit dem rassistisch und pseudowissenschaftlich argumentierenden Antisemitismus eine neue Form der Judenfeindschaft auf. Im Osten führten antijüdische Massnahmen und Pogrome zu einer Verelendung der jüdischen Massen und zur Auswanderung von bis zu 2,5 Millionen Juden in die USA, die ab 1924 ihre Tore schlossen. In dieser Situation suchte der Zionismus das jüdische Selbstverständnis neu zu definieren und mit dem Aufbau einer Heimstätte den jüdischen Massen eine Zufluchtsstätte zu errichten.

"Vater des politischen Zionismus" war der Wiener Journalist und Autor Theodor Herzl, Gründer und Präsident der 1897 in Basel gegründeten Zionistischen Organisation. Durch die Dreyfus-Affäre in Frankreich (ein jüdischer Offizier war zu Unrecht der Spionage für Deutschland angeklagt), wurde die Republik von Antisemitismus erfasst und geriet in eine tiefe Krise. Unter diesem Eindruck hatte Herzl mit der Schrift „Der Judenstaat“ das Konzept jüdischer Souveränität und der Rückkehr in das alt-neue Land entworfen. 1897 rief er zum ersten Zionistenkongress nach Basel. Die rund 200 Delegierten verabschiedeten das „Basler Programm“ für die Schaffung eines jüdischen Staates in Palästina. „In Basel habe ich den Judenstaat gegründet“, so Herzl damals. Ziel war die „Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina“. Zunächst schien Herzls Vision illusorisch. Erst der Erste Weltkrieg brachte den Durchbruch, als der britische Außenminister Arthur James Balfour anfangs November 1917 in einem an den Präsidenten der Englischen Zionistischen Föderation adressierten Brief die Unterstützung seiner Regierung für „die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina

für das jüdische Volk" zusicherte. Die Balfour-Deklaration wurde vom neu gegründeten Völkerbund 1920 an der Konferenz von San Remo übernommen und so Völkerrecht. Das Völkerbundmandat Palästina/Eretz Israel (so der offizielle Name) wurde aufgegeben und an die britische Besatzungsmacht übergeben. 1922 trennten die Engländer Jordanien vom Mandat ab.

Mittlerweile trafen sich die Zionisten aller Schattierungen fast jedes Jahr. Der 22. Zionistenkongress, der vom 9. bis zum 22. Dezember 1946 in Basel stattfand, war der letzte Kongress vor der Gründung Israels und der folgenreichste. Hatte sich die zionistische Bewegung seit der Balfour-Deklaration von 1917 mit einer sogenannten „Heimstätte“ innerhalb des britischen Empires zufriedengegeben, dies seit 1919 in Koordination mit der arabischen Dynastie der Haschemiten, forderte man 1946 ein völlig souveränes Staatswesen. Erst anderthalb Jahre davor war die Schoah (der Holocaust) zu Ende gegangen. Zwei Drittel der Juden Europas waren ermordet worden. Über 250'000 Überlebende lebten als „Displaced Persons (DPs)“ in sogenannten „DP-Camps“ in Süddeutschland und Österreich. Den meisten war der Weg zurück in ihre Heimatländer aufgrund des dort nach wie vor tobenden Antisemitismus versperrt. Nach 1945 fielen allein in Polen zwischen 1500 und 2000 Juden Pogromen zum Opfer. Zehntausende flohen darum nach Westen. Niemand wusste, was mit den Flüchtlingen geschehen sollte. Nur relativ kleine Kontingente wurden von den USA, Australien und Kanada aufgenommen. Die Auswanderung nach Palästina erschien allgemein als Lösung.

Sammlung der Übriggebliebenen

Das demographische, kulturelle, religiöse und politische Zentrum jüdischen Lebens war durch die Schoah gewaltsam verschoben worden, weg von Europa hin zum künftigen Israel und den Vereinigten Staaten. Dies ist bis heute so geblieben.

Seit Oktober 1945 beschäftigte sich eine „Anglo-Amerikanische Untersuchungskommission“ unter der Leitung des Juristen Earl G. Harrison im Auftrag von US-Präsident Truman mit der Lage der überlebenden Juden in Europa. Harrison kam zum Schluss, dass es für sie keine andere Lösung gebe, als Europa in Richtung Palästina zu verlassen. Er forderte darum im Mai 1946 die sofortige Ausstellung von 100'000 Einwanderungszertifikaten. Eine entsprechende Forderung erging von Truman an den britischen Premierminister Attlee, der sie umgehend zurückwies. Das durch den Krieg geschwächte britische Empire wollte nicht die strategisch wichtigen arabischen Staaten gegen sich aufbringen. Die jüdische Einwanderung nach Palästina, wo schon 1946 ein jüdisches Gemeinwesen mit 600'000 Menschen bestand, blieb deshalb weitgehend illegal. Die Briten suchten Einwandererschiffe abzufangen und die jüdischen Flüchtlinge entweder wieder nach Europa zurückzuschicken oder auf Zypern zu internieren. Dies sorgte weltweit für Irritation.

Vor diesem Hintergrund waren die Beratungen und Beschlüsse des Basler Kongresses entscheidend. Wollte man aufgrund der Spannungen in und um Palästina auf ein souveränes jüdisches Gemeinwesen dort verzichten oder nicht? Oder hatte nach der Schoah das Projekt einer jüdischen Heimstätte neue Dringlichkeit erhalten? War ein Wiederaufbau der europäischen Gemeinden angesichts des anhaltenden Antisemitismus überhaupt möglich? Auf dem Basler Kongress wurden Weichen gestellt für die nächsten Jahrzehnte und die Gründung Israels nur anderthalb Jahre später aufgegeben. Zentral war dabei die Übernahme der Forderungen der Biltmore-Konferenz von 1942 in New York, wo angesichts der Vernichtung der Juden in Europa die sofortige Errichtung eines jüdischen Staates gefordert worden war.

Kein Neubeginn in Europa

Der Basler Zionistenkongress von 1946 brach unter dem Eindruck des Holocaust mit der stillen und geduldigen Diplomatie der vergangenen fünf Jahrzehnte. Die Errichtung eines jüdischen Staates wurde als dringlich erklärt. Das Ziel voller Souveränität wurde artikuliert und in der Folge systematisch vorangetrieben. Nur elf Monate nach dem Basler Kongress beschloss dann die UN am 29. November

1947 die Teilung Palästinas in einen jüdischen und in einen arabischen Staat. Am 15. Mai 1948 wurde der Staat Israel ausgerufen. Die meisten „Displaced Persons“ gingen in das neu gegründete Israel.

Vatikan und Staat Israel

Erst 45 Jahre nach der Gründung des Staates Israel, am 30. Dezember 1993, kam es zur vollen völkerrechtlichen Anerkennung durch den Vatikan und zu einem Grundlagenvertrag zwischen dem Apostolischen Stuhl und dem Staat Israel, dem 1994 der Austausch von Botschaftern folgte. Politisch wurden die Rechtspositionen geklärt und symbolisch die katholischen und jüdischen, israelischen Beziehungen gestärkt.

Dr. Simon Erlanger, Historiker und Journalist, Lehr- und Forschungsbeauftragter am Institut für Jüdisch-Christliche Forschung der Universität Luzern und Mitglied der Jüdisch/Römisch-Katholischen Gesprächskommission